

Zwei Staaten in einem Heimatland: Die Wiederbelebung eines politisch gescheiterten Teilungsmodells

Awad Abdelfattah, palestinechronicle.com, 03.08.26

In den letzten Jahren – vor dem Völkermordkrieg gegen Gaza – führten das Scheitern der Osloer Abkommen und das Schwinden der Illusion einer Zwei-Staaten-Lösung dazu, dass mehrere alternative politische Vorschläge zur Beendigung des kolonialen Konflikts in Palästina entstanden. Am prominentesten unter diesen ist die Vision eines demokratischen Staates, die vor allem zwei Formen annimmt: einen Einheitsstaat oder einen binationalen Staat.

Die jüngste Variante ist die vor sieben Jahren ins Leben gerufene *One Democratic State Campaign* (ODSC), deren Programm auf dem ursprünglichen Befreiungsprojekt basiert, das 1971 von der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) verabschiedet wurde. Die ODSC, eine von Palästinensern geführte Kampagne, hat dieses ursprüngliche Programm aktualisiert, indem sie auf die umfangreiche Literatur zurückgriff, die seit Ende der 1990er Jahre von palästinensischen Intellektuellen, Wissenschaftlern und politisch ausgebildeten Aktivisten verfasst wurde.

Demokratie kann nicht mit dauerhaften verfassungsmäßigen Privilegien koexistieren, die auf ethnischer Zugehörigkeit oder Religion beruhen. Ein wirklich demokratischer Staat muss politische Rechte ausschließlich aus der gleichberechtigten Staatsbürgerschaft ableiten.

Zwar gehen diese beiden Formen in bestimmten Fragen auseinander, doch unterscheiden sie sich von den herkömmlichen Modellen in einem grundlegenden Punkt: der Notwendigkeit, die Strukturen der kolonialen Herrschaft abzubauen und einen einzigen Staat zu schaffen – entweder mit drei Parlamenten oder mit einem Parlament, einer Verfassung und einer Justiz. Die ODSC befürwortet das Modell des Einheitsstaates als die gerechteste und tragfähigste Lösung.

Vor kurzem ist jedoch eine arabisch-israelisch-jüdische Initiative mit dem Titel „Zwei Staaten in einer Heimat“ entstanden, die behauptet, eine Alternative zur herkömmlichen Zwei-Staaten-Lösung anzubieten. In Wirklichkeit handelt es sich dabei nur um eine Neuauflage eines bereits gescheiterten Konzepts, das durch das koloniale und völkermörderische Regime des Staates Israel faktisch zunichte gemacht wurde.

Nach dem Aufkommen der Initiative „Zwei Staaten in einer Heimat“ als politischer Vorschlag sind in palästinensischen akademischen und politischen Kreisen sowie unter internationalen Solidari-
tätsaktivisten zunehmend Fragen hinsichtlich der grundlegenden Unterschiede zwischen diesem
Modell und der vom (ODSC) vertretenen Vision aufgekommen. Auf den ersten Blick scheinen die
beiden Projekte wichtige Gemeinsamkeiten zu haben. Beide erkennen an, dass das Gebiet zwischen
dem Jordan und dem Mittelmeer zu einem einzigen geopolitischen und wirtschaftlichen Raum ge-
worden ist, was die im Oslo-Prozess vorgesehene territoriale Teilung zunehmend unmöglich
macht. Beide erkennen zudem an, dass die klassische Zwei-Staaten-Formel in eine historische
Sackgasse geraten ist.

Hinter dieser scheinbaren Übereinstimmung verbirgt sich jedoch eine weitaus tiefgreifendere Mei-
nungsverschiedenheit. Hinter dem gemeinsamen Vokabular verbirgt sich ein grundlegend unter-
schiedliches Verständnis vom Wesen des Konflikts, vom Begriff der Gerechtigkeit und von der
politischen Zukunft Palästinas. Während der Vorschlag „Zwei Staaten in einer Heimat“ die grund-
legende Logik der Teilung in abgewandelter Form bewahren will, argumentiert die *One Democra-
tic State-Kampagne*, dass die der Teilung zugrunde liegenden politischen, rechtlichen und morali-
schen Annahmen selbst zusammengebrochen sind. Die Meinungsverschiedenheit ist daher nicht
allein institutioneller oder verfassungsrechtlicher Natur; sie betrifft das gesamte Fundament, auf
dem Palästina verstanden und dekolonisiert werden sollte.

Die Bedeutung dieser Debatte hat zugenommen, da die Initiative „Zwei Staaten in einer Heimat“
zunehmend institutionalisiert wurde und externe Finanzmittel sowie die Beteiligung einiger paläs-
tinensischer Wissenschaftler und Forscher, insbesondere aus dem Staat Israel, anzog. Im Gegen-
satz dazu ist die *One Democratic State Campaign* – eine von Palästinensern geführte Organisation
– seit ihrer Gründung eine ehrenamtliche politische Kampagne geblieben. Sie vereint Palästinenser
aus allen Bevölkerungsschichten – darunter israelische Staatsbürger, Palästinenser in der besetz-
ten Westbank und im Gazastreifen, Einwohner Jerusalems sowie die Diaspora – mit israelisch-jü-
dischen Wissenschaftlern und Aktivisten, die sich antikolonialen und antizionistischen Prinzipien
verschrieben haben.

Diese breite gesellschaftliche und politische Zusammensetzung hat der Kampagne ein höheres Maß
an Legitimität in bedeutenden Teilen des palästinensischen politischen Diskurses verliehen, wo-
durch sie unter Palästinensern breite Akzeptanz findet. Darüber hinaus schöpft das ODSC-Projekt
seine Inspiration aus der ursprünglichen Vision der Palästinensischen Befreiungsorganisation und
ist kein von ausländischen Mächten vorgelegtes oder auferlegtes Konzept. Diese Originalität macht
es weitaus ansprechender und überzeugender.

Ebenso wichtig ist es, klarzustellen, dass die Entstehung der *One Democratic State-Kampagne* nie-
mals einfach nur eine Reaktion auf das Scheitern der Zwei-Staaten-Lösung war. Auch wenn das
sich beschleunigende Scheitern der Teilung zweifellos ihre Wichtigkeit unterstrich, entsprang die

Kampagne einer umfassenderen Überzeugung: dass dauerhafter Frieden ohne historische Gerechtigkeit nicht erreicht werden kann. Ihre zentrale Prämisse lautet, dass die Palästinafrage grundsätzlich kein Grenzkonflikt ist, der territoriale Kompromisse erfordert, sondern eine Frage des Siedlerkolonialismus, die eine Dekolonialisierung erfordert. Folglich besteht das Ziel nicht lediglich darin, eine unbrauchbare politische Formel durch eine andere verfassungsrechtliche Regelung zu ersetzen, sondern ein Konzept zu schaffen, das die historischen Ungerechtigkeiten angeht, auf denen die bestehende koloniale Ordnung aufgebaut wurde.

Diese Diskussion hat angesichts des anhaltenden israelischen Krieges im Gazastreifen noch an Dringlichkeit gewonnen. Angesichts der unmittelbaren humanitären Katastrophe und der Notwendigkeit des Überlebens läuft das politische Nachdenken über die Zukunft Gefahr, an den Rand gedrängt und auf unbestimmte Zeit verschoben zu werden. Doch gerade in Zeiten tiefgreifender Gewalt ist strategische Klarheit unverzichtbar. Wenn Palästina als ein Fall antikolonialer Befreiung und nicht lediglich als humanitäres Leid verstanden wird, dann wird die Entwicklung eines schlüssigen politischen Horizonts zu einem wesentlichen Bestandteil des Widerstands selbst. Das kollektive politische Bewusstsein vor Vorschlägen zu schützen, die die strukturellen Wurzeln des Konflikts verschleiern, ist daher nicht weniger wichtig als die Auseinandersetzung mit dessen unmittelbaren Ausprägungen.

Die *One Democratic State-Kampagne* lehnt solche Ansätze ab. Sie argumentiert, dass Palästina stattdessen als klassischer Fall von Siedlerkolonialismus und Apartheid verstanden werden müsse, in dem eine ursprüngliche Bevölkerung durch ein andauerndes Projekt der Auslöschung, territorialer Expansion, rechtlicher Diskriminierung und demografischer Manipulation enteignet und verdrängt wird.

Aus dieser Perspektive kann Gerechtigkeit nicht darin bestehen, lediglich die Beziehungen zwischen zwei nationalen Einheiten zu regeln. Vielmehr erfordert sie den Abbau der kolonialen Strukturen, die brutale Gewalt und Ungleichheit überhaupt erst hervorgebracht haben, und deren Ersetzung durch eine einzige demokratische Verfassungsordnung, die auf gleicher Staatsbürgerschaft, individuellen Rechten und kollektiver Gleichheit für alle im Land Lebenden basiert.

Dieser Unterschied erklärt, warum die Kampagne Vorschläge wie „Zwei Staaten in einer Heimat“ als irreführend ansieht, obwohl sie scheinbar vom herkömmlichen Zwei-Staaten-Modell abweichen. Anstatt die Teilung zu überwinden, versucht der Vorschlag, sie zu retten, indem er zwei Nationalstaaten – den Staat Israel und Palästina – bewahrt, gleichzeitig aber die Grenzen öffnet, gegenseitigen Wohnsitz ermöglicht und ausgewählte gemeinsame Institutionen schafft, die teilweise von den Erfahrungen der europäischen Integration inspiriert sind. Zwar stellen diese Neuerungen zweifellos eine Abkehr vom Oslo-Rahmenwerk dar, doch lassen sie das Grundprinzip unberührt, dass die Souveränität weiterhin auf getrennten Nationalstaaten beruhen soll.

Die Analogie zur Europäischen Union ist unter diesem Aspekt äußerst problematisch. Die europäische Integration entstand zwischen souveränen Staaten, die sich nach dem Ende der imperialistischen Kriege gegenseitig anerkannten. Im palästinensischen Fall hingegen handelt es sich um eine andauernde kolonialistische Beziehung, in der ein Staat weiterhin eine überwältigende politische, militärische und rechtliche Vorherrschaft über eine andere Bevölkerung ausübt.

Das zentrale Hindernis ist daher nicht das bloße Vorhandensein von Grenzen, sondern das koloniale System, das ungleiche Machtverhältnisse geschaffen hat und weiterhin aufrechterhält. Eine Öffnung der Grenzen ohne den Abbau dieser Struktur birgt die Gefahr, dass zwar einige ihrer sichtbaren Ausprägungen abgeschwächt werden, ihre zugrunde liegende Logik jedoch im Kern unberührt bleibt. Darüber hinaus würde der israelische Staat unter diesem mangelhaften Ansatz weiterhin 78% des historischen Palästinas kontrollieren, was eine schwerwiegende Ungerechtigkeit darstellt. Daher wäre es unmöglich, die Mehrheit der Palästinenser zu überzeugen, die eigentlich die Verantwortung für ihre eigene Befreiung übernehmen sollten.

Gerechtigkeit, Entkolonialisierung und Demokratie

Die praktischen Auswirkungen dieser konkurrierenden Konzepte werden besonders deutlich, wenn man drei Themen betrachtet, die im Zentrum der Palästina-Frage stehen: das Rückkehrrecht, die israelischen Siedlungen und der Charakter der Demokratie selbst.

Für die *One Democratic State Campaign* sind palästinensische Flüchtlinge kein humanitäres Problem, das mit Entschädigungen, symbolischer Anerkennung oder begrenzter Umsiedlung gelöst werden kann. Sie sind Inhaber des juristisch unveräußerlichen und politischen Rechts, in ihre Heimat zurückzukehren und gleichberechtigt am Wiederaufbau eines demokratischen Staates mitzuwirken. Das Rückkehrrecht ist daher kein Hindernis für den Frieden, sondern eine seiner unverzichtbaren Grundlagen. Eine politische Lösung, die dieses Recht nicht wiederherstellt, kann keinen Anspruch auf historische Gerechtigkeit erheben, da sie den ursprünglichen Akt der Enteignung und Auslöschung, auf dem der Konflikt beruht, ungelöst lässt.

Der Vorschlag „Zwei Staaten in einer Heimat“ steht in dieser Frage vor einem grundlegenden Dilemma. Solange der Staat Israel ein jüdischer Nationalstaat bleibt, würde die Rückkehr von Millionen palästinensischer Flüchtlinge unweigerlich die demografischen und politischen Grundlagen in Frage stellen, auf denen sich dieser Staat definiert. Folglich neigen die Befürworter des Vorschlags dazu, auf Kompromisslösungen zurückzugreifen – Rückkehr vorrangig in einen palästinensischen Staat, symbolische Rückkehr, ausgehandelte Quoten oder andere Sonderregelungen. Obwohl diese Ansätze als pragmatisch dargestellt werden, reproduzieren sie faktisch dieselben Einschränkungen, die den Oslo-Prozess kennzeichneten, indem sie ein feststehendes Recht der so genannten „politischen Machbarkeit“ unterordnen. Das Ergebnis ist keine echte Lösung der Flüchtlingsfrage, sondern deren unbefristete Verschiebung und letztendliche Aufhebung.

Eine ähnliche Spannung zeigt sich im Zusammenhang mit den israelischen Siedlungen. Befürworter des Konzepts „Zwei Staaten in einer Heimat“ argumentieren im Allgemeinen, dass die Siedler als israelische Staatsbürger innerhalb des palästinensischen Staates bleiben könnten, genauso wie Palästinenser im Zusammenhang gegenseitiger Vereinbarungen im Staat Israel leben würden. Dieser Vorschlag zielt zwar darauf ab, einen weiteren Kreislauf der Vertreibung zu vermeiden, lässt jedoch eine grundlegendere Frage offen: Können durch Kolonialisierung entstandene Siedlungen einfach in gewöhnliche zivile Gemeinschaften umgewandelt werden, ohne die Ungerechtigkeit anzugehen, die zu ihrer Entstehung geführt hat?

Eine dekoloniale Perspektive betont, dass Übergangsjustiz mehr erfordert als nur friedliche Koexistenz. Sie verlangt die Anerkennung historischer Verfehlungen, die Wiederherstellung von Rechten, wo immer dies möglich ist, und die Umgestaltung von Institutionen, die eine Politik der Auslöschung und Ungleichheit aufrechterhalten haben. Versöhnung kann nicht auf der Normalisierung kolonialer Ergebnisse aufgebaut werden, während die Strukturen unberührt bleiben, durch die Land enteignet, Gemeinschaften vertrieben und rechtliche Privilegien institutionalisiert wurden.

Der Kontrast zwischen den beiden Projekten wird ebenso deutlich in ihrem Verständnis von Demokratie. Im Rahmen des Modells „Zwei Staaten in einer Heimat“ bleibt die Demokratie auf zwei getrennte Nationalstaaten beschränkt. Der Staat Israel definiert sich verfassungsrechtlich weiterhin als jüdischer Staat, während Palästina zu einem palästinensischen Nationalstaat wird. Die Zusammenarbeit mag sich verstärken, die Grenzen mögen durchlässiger werden und gemeinsame Institutionen mögen entstehen, doch die Staatsbürgerschaft wird weiterhin durch konkurrierende nationale Souveränitäten geregelt.

Die One Democratic State-Kampagne vertritt ein grundlegend anderes Konzept. Demokratie kann nicht mit dauerhaften verfassungsmäßigen Privilegien koexistieren, die auf ethnischer Zugehörigkeit oder Religion beruhen. Ein wirklich demokratischer Staat muss politische Rechte ausschließlich aus der gleichberechtigten Staatsbürgerschaft ableiten. Kulturelle, religiöse und sprachliche Identitäten bleiben uneingeschränkt geschützt, bestimmen jedoch nicht länger den Zugang zu Souveränität, politischer Macht, Einwanderungspolitik oder verfassungsrechtlichem Status. Gleichheit ist kein Kompromiss zwischen konkurrierenden Privilegien; sie ist die Abschaffung des Privilegs an sich.

Befürworter des Konzepts „Zwei Staaten in einer Heimat“ argumentieren oft, ihr Vorschlag sei politisch realistischer, da er eine Konfrontation mit bestehenden nationalen Identitäten vermeide. Realismus sollte jedoch nicht allein an der kurzfristigen politischen Akzeptanz gemessen werden. Er muss auch daran bewertet werden, inwieweit ein Vorschlag die strukturellen Ursachen des Konflikts beseitigen kann. Die Geschichte zeigt immer wieder, dass Lösungen, die grundlegende Fragen der Gerechtigkeit aufschieben, zwar vorübergehend Gewalt eindämmen können, aber selten einen

dauerhaften Frieden schaffen. Stabilität, die auf ungelösten kolonialen Ungleichheiten beruht, schafft letztendlich die Voraussetzungen für blutigere Konflikte in der Zukunft.

Die Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte untermauern diese Schlussfolgerung. Bemühungen, den Konflikt zu bewältigen, ohne die Strukturen des Siedlerkolonialismus abzubauen, haben zu einer Vertiefung der Besatzung, zur Ausweitung der Siedlungen, zu zunehmender Zersplitterung und zu beispielloser Gewalt geführt. Vor diesem Hintergrund laufen Vorschläge, die darauf abzielen, die zugrunde liegende Architektur der Teilung zu bewahren – selbst im Zuge innovativer institutioneller Regelungen –, Gefahr, eher zu Übungen in politischem Recycling zu werden als zu echten historischen Alternativen.

Bei der Debatte über diese beiden Visionen geht es daher nicht um Verfassungsgestaltung oder Verwaltungsstrukturen. Es ist eine Diskussion über die Zukunft der Gerechtigkeit in Palästina. Sollten sich politische Bemühungen darauf konzentrieren, die Folgen des Siedlerkolonialismus zu bewältigen und dabei dessen grundlegende Strukturen zu erhalten, oder sollten sie darauf ausgerichtet sein, diese Strukturen von Grund auf abzubauen? Sollte Frieden als Koexistenz innerhalb einer ungleichen Verfassungsordnung oder gar eines völkermörderischen Regimes verstanden werden, oder als die Schaffung einer einzigen demokratischen Gemeinschaft, die auf Gleichheit, dem Recht auf Rückkehr, Übergangsjustiz und gemeinsamer Staatsbürgerschaft beruht?

Aus der Perspektive der *One Democratic State Campaign* bietet nur der zweite Weg eine nachhaltige und moralisch stimmige Zukunft. Das Projekt verspricht weder einen sofortigen politischen Durchbruch, noch behauptet es, dass die Dekolonialisierung einfach sein wird. Vielmehr schlägt es einen langfristigen Prozess des Wiederaufbaus der palästinensischen Nationalbewegung vor, der sich an einer demokratischen, antikolonialen Vision orientiert, die in der Lage ist, Palästinenser über alle geografischen und politischen Spaltungen hinweg zu vereinen und gleichzeitig jüdische demokratische und antikoloniale Partner anzuziehen. Anstatt ein Modell der Teilung wiederzubeleben, das der Staat Israel und seine imperialen Verbündeten außer Kraft gesetzt haben, zielt es darauf ab, einen neuen politischen Horizont zu schaffen, der auf den universellen Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und historischer Gerechtigkeit beruht.

Awad Abdelfattah ist politischer Autor und ehemaliger Generalsekretär der Balad-Partei. Er ist Koordinator der Ende 2017 gegründeten Kampagne „One Democratic State“ mit Sitz in Haifa.

Quelle: <https://www.palestinechronicle.com/two-states-in-one-homeland-recycling-a-politically-defunct-partition-paradigm/>

Übersetzung: Pako – palaesstinakomitee-stuttgart.de